

Danziger Zeitung.



Nr. 19005.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Selterhagergasse Nr. 4, und bei allen kais. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 17. Juli. (Privattelegramm.) Dr. Senger, Specialist für Chirurgie, tritt in der „Nationalzeitung“ energisch für die Professoren **Hahn und Bergmann** in Sachen der gegen sie erhobenen Anschuldigungen ein. Ihren Patienten sei absolut kein Nachtheil oder Beschwerde zugefügt worden, man hätte viel mehr Ursache, beiden Forschern dankbar zu sein, als sich zu entrüsten. Uebrigens stehe die Fähigkeit des Krebses, sich überpflanzen zu lassen, noch nicht fest. Viele Aerzte, auch er, Senger, hätten bei ihren zahlreichen Experimenten nur negative Resultate erzielt.

Petersburg, 17. Juli. (W. Z.) Eine außerordentliche Versammlung der Landstädte des Gouvernements **Nischni-Nowgorod** hat beschlossen, die Regierung um ein Darlehn von 8200 000 Rubel zur Bestellung der Felder und zur Versorgung der Bauern mit Brodhorn zu ersuchen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 17. Juli.

Das Kasseler Wahlergebniss.

Heute ging uns folgende Drahtmeldung zu: **Kassel, 17. Juli.** (W. Z.) Bei der Reichstags-**erziehung** sind bisher für **Alvensleben** (cons.) 1354, für **Endemann** (nat.-lib.) 4490, für **Förster** (Antisemit) 4085, für **Martin** (hess. Partikularist) 1289 und für **Pfannkuch** (Socialdem.) 7811 Stimmen gezählt. Sieben Orte stehen noch aus. Es ist Stichwahl zwischen **Endemann** und **Pfannkuch** als sicher anzusehen.

Dieses Resultat erfüllt uns mit großer Genugthuung. Es ist also gelungen, den Ansturm der Antisemiten erfolgreich zurückzuschlagen. Trotz der von ihnen gemachten colossalen Anstrengungen, trotz der gewissenlosesten Anwendung aller nur denkbaren Agitationsmittel sind sie nicht in die Stichwahl gekommen; sie haben zwar gegen den 20. Februar 1890 einen Stimmenzuwachs von etwas über 1000 Stimmen zu verzeichnen, aber das ist recht geringfügig in Anbetracht der aufgewendeten Mittel. Die Blätter, wie das Stöcker'sche „**Volks**“ und die demselben gefinnungsverwandte **Presse**, welche beständig Stichwahl zwischen dem Antisemiten und dem Socialisten prophezeien und in derselben mit conservativer Hilfe auf einen Sieg rechneten, haben ihre Rechnung ohne den Wirth, d. h. ohne den gefundenen Sinn der Wähler gemacht, bei welchem die jüdenhässlichen Tiraden eines **Liebermann v. Sonnenberg** denn doch nicht in solchem Umfange verhallen, wie dieser Antisemiten-Apostel und seine Gefinnungsgenossen erwartet haben. Vor allem aber hat die noch in den letzten Wochen thätig in die Hand genommene Gegenagitation seitens des „**Bereins zur Abwehr des Antisemitismus**“ das ihrige gethan, um die antisemitischen Bemühungen zu vereiteln. Der Schriftführer des Vereins, **Eicentiat Gräbner**, hat nicht weniger als neun Versammlungen abgehalten, in welchen er für **Endemann** und gegen den antisemitischen Candidaten wirkte und dem letzteren mit Erfolg den Boden streitig machte.

Dass der hessische Partikularist und der Conservative keine erhebliche Stimmenzahl auf sich vereinigt haben, entspricht den von uns gestern an dieser Stelle ausgesprochenen Erwartungen, wobei indessen doch ein Punkt einigermaßen überraschend ist, nämlich der colossale **Stimmenrückgang der Conservativen**; am 20. Febr. 1890 wurden für ihren Candidaten rund 8000 Stimmen abgegeben, jetzt über viererhalb tausend Stimmen weniger; sie haben also ca. 78 Proc. eingebüßt. Das ist auch dann noch eine empfindliche moralische Niederlage, wenn man in Betracht zieht, dass damals ein Theil der Nationalliberalen für die Conservativen gestimmt hat.

Ein weiteres charakteristisches Merkmal des Wahlergebnisses ist die **Stärkung des Liberalismus**, der einen Zuwachs von nahezu zweieinhalb Tausend Stimmen zu verzeichnen hat. Die Nationalliberalen sollten diesen Fall ganz besonders beherzigen. Früher, als sie hier noch in Cartellbanden lagen, haben sie durch ihre Unterstützung der Conservativen, die allein zu einem durchschlagenden Erfolg viel zu schwach sind, das Mandat verschafft und die Freisinnigen schlagend helfen. Jetzt, wo sie sich auf ihren seit dem Tage von Heidelberg und dem Cartell verloren gegangenen Liberalismus besonnen und einen wirklich nationalliberalen Candidaten nominirt haben, da ist ihnen die alte Bundesgenossenschaft der Linkliberalen freudig gewährt worden, und vereint schlagend haben die liberalen Gruppen einen moralischen Triumph erfochten, der selbst für den nicht unmöglichen Fall eines Sieges der Socialdemokraten in der Stichwahl doch für die Stärkung des liberalen Solidarietätsgedankens nicht nur in jenem Wahlkreise von hohem Werthe ist, sondern hoffentlich auch über die Grenzen desselben hinaus den Anstoss geben wird zur Zurückdrängung der Nationalliberalen an anderen Orten zu ihrer liberalen Tradition und damit zur Ueberbrückung der Schranken, welche die beiden liberalen Fraktionen jetzt noch trennen.

Und noch ein vierthes ist als bemerkenswerth bei dieser Wahl hervorzuheben: der **Rückgang der socialdemokratischen Stimmen**. Bei der Hauptwahl im vorigen Jahre waren auf **Pfannkuch** 9170 Stimmen gefallen, jetzt ist diese Zahl auf wenig über 7800 zusammengeschrunken, das ergibt einen Verlust von über 1300 Stimmen, eine Er-

scheinung, die bezeichnend auch bei den meisten der übrigen bisher stattgehabten Stichwahlen zu beobachten war, — ein neuer Beweis dafür, dass die socialdemokratischen Wahlbäume nicht in den Himmel wachsen, eine neue Beruhigung für die ängstlichen Gemüther, die in der Aufhebung des Socialistengehezes das Brechen des letzten Damms gegen den socialdemokratischen Umsturz erblickt wissen wollten. Im Gegentheil, es geht trotz eifriger Agitirens und Ermens rückwärts. Möge es so bleiben! Und die Bedeutung dieses Resultats wird auch durch den eventuellen Sieg **Pfannkuchs** in der Stichwahl nicht wesentlich verringert. Man wird dann ganz genau wissen, wem ein solcher Ausgang zu verdanken ist, — den Antisemiten, die aus blindem Hass gegen den Liberalismus wohl alles andere eher als etwas politisch so verständiges thun dürften, wie es ein Eintreten für **Endemann** gegen den Socialdemokraten sein würde. Jedenfalls haben sie die Entscheidung in der Hand, mehr als die politisch wenig in Betracht kommenden Partikularisten und die hier in schönster Gelegenheit zur Betätigung ihres „**staatsverhaltenden**“ Charakters befindlichen Conservativen.

Die Versöhnung mit Frankreich.

Der Artikel des Pariser „**Sigaro**“, welcher eine Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich auf der Grundlage herbeizuführen vorschlägt, dass Deutschland die lothringischen Landestheile mit Einschluß von **Metz** wieder herausgibt, Frankreich dagegen sich bescheidet, an eine Rückeroberung des Elsaß nie wieder zu denken, ist in Deutschland vielfach besprochen worden und hat, wie gemeldet, kürzlich auch in englischen Blättern einen Widerhall gefunden.

Sich ernsthaft in diesen Vorschlag zu vertiefen, dem steht, bemerkt dazu der parlamentarische Mitarbeiter der „**Brest. Zig.**“, der Umstand entgegen, dass es der Vorschlag eines einzelnen, anscheinend recht klugen Kopfes ist, der niemanden hinter sich hat. Die Rückgewinnung von **Strasburg** und **Elsaß** ist für Deutschland eine Herzensangelegenheit gewesen; die Annexion von **Metz** hat uns vom nationalen Standpunkt aus halt gelassen. Niemand befreit, dass **Metz** zur Zeit seiner Eroberung eine durch und durch französische Stadt war und dass sie ihren Charakter in den letzten zwanzig Jahren nur in geringem Maße verändert hat. Der Kaiser und sein Kanzler haben sich mit Wiedertreiben dazu entschlossen, die Annexion von **Metz** zu fordern; ihr einziges Motiv dazu war der Umstand, dass **Metz** eine so feste Stadt ist, dass ihr Besitz der Verfügung über eine Armee gleichkommt. Sollte die Gleichung aufgestellt: **Metz** gleich 200 000 Soldaten. Als wir mit Frankreich Frieden schlossen, mußten wir, dass wir über kurz oder lang mit demselben einen neuen Krieg haben würden und auf diesen Krieg wollten wir uns rüsten.

Wenn Frankreich sich jemals dazu entschloße, gegen uns eine aufrichtig friedliebende Gefinnung zu hegen, so wäre das für uns viel mehr werth als 200 000 Mann, also auch mehr wie **Metz**. Wenn das Gescheh, welches der „**Sigaro**“ vorschlagen hat, überhaupt gemacht werden könnte, so würde vielleicht kein Deutscher im Zweifel darüber sein, dass es zweckmäßig wäre, es zu machen. Aber es kann nicht gemacht werden. Die Leistung Deutschlands soll in einem bestimmt vorgeschriebenen Dpfer bestehen und die Gegenleistung Frankreichs soll in der Zusage bestehen, künftig gegen uns eine andere Gefinnung zu haben, als bisher.

Frankreich hat das **Elsaß** an uns auf Grund eines doppelten Rechtes verloren, auf Grund des Rechtes der Nationalität und auf Grund des Rechtes der Eroberung. Beide Rechte erkennt Frankreich nur an, wenn sie ihm günstig, und niemals, wenn sie ihm ungunstig sind. In seiner Unfähigkeit, sein Unrecht einzusehen, liegt die Quelle seiner Schwäche und seiner Stärke.

Es giebt in Frankreich gute und warme Patrioten, welche es sich nicht verhehlen, dass Frankreich das Recht auf das **Elsaß** unwiderruflich verliert hat, welche jeder Widervergeltungspolitik widersprechen. Sie haben auch wohl den Muth, das offen auszusprechen, wie **Barthélemy St. Hilaire** es gethan hat. Aber sie haben nicht das Ohr ihrer Landsleute. Ein leichter St. Hilaire, wie **Déroulède**, hat einen unendlich größeren Einfluß, als ein Staatsmann wie **Barthélemy St. Hilaire**. Wir wissen sehr genau, dass, wenn wir **Metz** an Frankreich zurückgeben, die Mehrzahl der Franzosen darin keinen Anlaß sehen würde, auf den Wiedererwerb von **Strasburg** zu resigniren, sondern einen Anlaß, um ihre Revanche-Forderungen in noch ungestümmer Weise geltend zu machen. Wäre es den Franzosen nur einmal Jahr und Tag hinter einander gelungen, so thürichte Demonstrationen zu vermeiden, wie sie während der Anwesenheit der Kaiserin **Friedrich** in Paris vorgekommen sind, so würde der „**Sigaro**“-Artikel in Deutschland viel ernsthafter Beachtung gefunden haben.

Getäuschte Erwartungen.

Durch Mittheilungen der Eisenbahndirectionen ist jetzt die zuerst von der „**Nat.-Zig.**“ gebrachte Nachricht officiell bestätigt worden, dass der Beschluß des Landesbahnrats vom 22. Mai wegen **Ausdehnung des Kohlestarifs** auf **Steinkohlen, Coaks** und **Erze** unausgeführt bleiben werde, weil die allgemeine Finanzlage gegenwärtig nicht gestatte, mit Frachtermäßigungen vorzugehen, bei denen mit der Möglichkeit vorübergehender Einnahmeausfälle von erheblicher Bedeutung gerechnet werden müsse. Die neuliche Mittheilung der „**Nat.-Zig.**“, dass wenigstens die Frachtermäßigung für **Erze** zur sofortigen Aus-

führung gelangen solle, war also unrichtig, die Motivirung des in Rede stehenden Beschlusses ist ganz dazu angehen, alle Hoffnungen auf Tarifreformen auf den Staatsbahnen ad calendae graecas zu vertagen. Denn bei Reformen dieser Art muß immer mit der Möglichkeit vorübergehender Einnahmeausfälle gerechnet werden. Den Einnahmeausfall, den das **Manbach'sche** Project der Personentarife fürs erste nach sich ziehen sollte, hat **Beh. Rath Fick** f. 3. in der Budgetcommission des Abgeordnetenhauses auf 18 Millionen berechnet. So lange die Staatsbahnen große Ueberschüsse liefern, sind alle Anregungen im Sinne der Tarifreformen aus sachlichen Gründen zurückgewiesen worden. Jetzt, wo die Eisenbahnverwaltung sich anschickt, wenigstens einen kleinen Schritt auf dem Wege der Reformen zu unternehmen, legt der Finanzminister mit Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage Widerstand ein.

Damit ist die Hoffnung, mit der man namentlich in allen Handelskreisen die Ernennung des **Herrn Thiele** zum Nachfolger **Manbach's** begrüßte, in empfindlicher Weise getäuscht worden.

Die Ueberwachung der Arbeiterschutzbestimmungen.

Nicht nur in Preußen, sondern auch in anderen, namentlich den industriereichen deutschen Bundesstaaten, so in **Baiern** und **Sachsen**, ist man dazu übergegangen, das Personal der auf Grund des § 139 b der Gewerbeordnung anzustellenden Aufsichtsbeamten zu erweitern, sowie die Organisation derselben anders und besser zu gestalten. In Preußen allein werden statt der früheren 30 Beamten nach Abschluß der Reorganisation des Fabrikinspectors mehr als 160 Beamte bei der Ueberwachung der Ausführung der Arbeiterschutzbestimmungen Verwendung finden. Entsprechend dieser Personalvermehrung wird sich aber auch in naher Zeit, größtentheils schon vom 1. April 1892 ab, der Wirkungskreis der Aufsichtsbeamten erweitern. Bisher unterstanden ihnen die Ueberwachung der Ausführung der Vorschriften über die Kinderarbeit, die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter, den Wächnerinnenschutz, den Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit, sowie die Beaufsichtigung derjenigen Betriebe, in welchen der Bundesrath eine Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen oder die Nachtarbeit der letzteren unterlag hatte. Künftig wird den Aufsichtsbeamten schon allein aus der Erweiterung und Specialisirung dieser Bestimmungen, namentlich der auf die Arbeiterinnenbeschäftigung und den Arbeiterschutz gegen Gefahren für Leben und Gesundheit bezüglichen, eine größere Arbeitslast erwachsen.

Dazu kommen aber noch die ganz neuen Gebiete des Arbeiterschutzes, welche durch die letzte Gewerbeordnungsnovelle in das Gesetz einbezogen sind. Vor allem sind hier die Sonntagsruhevorschriften zu nennen. Betreffs dieser haben die Aufsichtsbeamten nicht bloß die Fabriken, sondern auch die Werkstätten zu inspiciiren, die Handels- und Gewerbebetriebe sind ihnen jedoch nicht unterstellt. Sodann dürfte ins Gewicht fallen die Beaufsichtigung des Erlasses von Arbeitsordnungen bezw. die Innehaltung der hierüber erlassenen Vorschriften. Auch sind neu wahrzunehmen die Vorschriften, welche die Bestimmungen über die Maßnahmen zur Wahrung der guten Sitten und des Anstandes, sowie für Betriebe mit 20 und mehr Arbeitern über die gestatteten Lohnbehalten in der Folge haben werden. Dazu wird sich noch endlich die Beaufsichtigung der ganzen Reihe von Ausführungsvorschriften anschließen, welche zur Gewerbeordnungsnovelle bereits vorbereitet und später erlassen werden wird. Das so außerordentlich verstärkte Personal der auf Grund des § 139 b der Gewerbeordnung ernannten Aufsichtsbeamten wird demnach Arbeit in Hülle und Fülle vorfinden.

Zur Ausführung des neuen Einkommensteuergesetzes.

In den einzelnen preussischen Provinzen sind die Regierungen gegenwärtig zur Ausführung des § 31 des neuen Einkommensteuergesetzes, wonach der Veranlagung der Steuerpflichtigen eine Voreinschätzung durch besondere Commissionen vorausgehen soll, mit der Bildung der Voreinschätzungsbezirke beschäftigt. Dort, wo sich viele Zusammenlegungen von Gemeinde- und Gutsbezirken zu diesem Zwecke als notwendig herausstellen, ist natürlich die Arbeit mit einigen Schwierigkeiten verknüpft. Die Regierungen haben sich in dieser Frage mit den Bezirksausschüssen ins Einvernehmen zu setzen. In letzter Instanz entscheidet über die Zusammenlegungen der Oberpräsident.

Das Berechtigungswesen der höheren Schulanstalten.

Auf Anregung der Siebener-Commission für die Reform des höheren Unterrichtswesens bildet die für die Entwicklung der höheren Schulanstalten so bedeutsame, bis zu einem gewissen Grade entscheidende Frage des Berechtigungs- wesens den Gegenstand der Erörterung der obersten Reichs- und Staatsbehörden. Abgesehen von der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienste kommt dabei vornehmlich die Berechtigung für die verschiedenen höheren Staatscarriären und für die subalternen Fächer in Betracht. Beide Fragen sind vor Allem von der größten Bedeutung für die Existenzfähigkeit der lateinlosen Schulen, die erstere für die Oberrealschule, die letztere namentlich für die höhere Bürger- (Mittel-)Schule. Insbesondere die oberen Klassen der Oberrealschulen krankten bisher daran, dass die bei ihrer Errichtung in Aussicht gestellte Be-

rechtigung ihrer Abiturienten für eine Anzahl höherer Staatscarriären namentlich in den mehr technischen Reichs- und Staatsdienstzweigen ihnen nicht zu Theil, die Berechtigung für das Staats- bausfach ihnen sogar wieder entzogen wurde. Es darf jetzt als Ergebnis der vorerwähnten Erörterungen mit Sicherheit angenommen werden, daß in naher Zeit das Abgangszeugniß der Ober-Realschulen, sowohl für den Reichs- wie für den preussischen Staatsdienst dieselbe Berechtigung gewährt wird, wie das Abgangs- zeugniß der Realschulen, in der Zeit gewährt und in Zukunft fortgewährt soll. Ist diese Gleichstellung der Ober-Realschulen und der Realschulen erfolgt, so wird man es der ferneren Entwicklung überlassen können, inwie- weit für beide Arten der höheren Lehranstalten ein thatsächliches Bedürfnis vorhanden und demnach die Existenzberechtigung der betreffenden Art von Lehranstalt anzuerkennen ist.

Das österreichische Abgeordnetenhaus

wählte gestern an Stelle der Jungtschechen, welche die bei den Delegationswahlen auf sie gefallenen Mandate abgelehnt hatten, da ihnen statt der von ihnen verlangten vier nur drei Mandate zu- erkannt worden waren, einen Alttschechen, einen Deutschen und einen Feudalen. Nach Erledigung der Tagesordnung hielt der Vicepräsident **Fehr. v. Chlumetz** die Schlussrede, in welcher er den Abgeordneten für ihre den ungemein großen Arbeitsforderungen entprechende Thätigkeit und den Mitgliedern der Regierung für ihre Thätigkeit dankte. **Javorski** sprach dem Vicepräsidenten den Dank des Hauses für seine umsichtige und unparteiische Leitung aus.

Die Brüsseler Antislavereiechte

kam gestern im englischen Unterhause zur Sprache. In Beantwortung einer Anfrage erklärte der Unterstaatssecretär **Ferguson**, die Ausdehnung der Ratificirungsfrist für die Brüsseler Antislavereiechte sei im Princip acceptirt, jedoch sei über den Zeitraum für die Ausdehnung der Frist noch nichts bestimmt. Die englische Regierung habe angesichts der Vertagung der Ratification seitens Frankreichs, Portugals und der Vereinigten Staaten in eine Fristverlängerung eingewilligt. Welches Verfahren adoptirt werden würde, sobald der Zeitraum für die Ausdehnung der Frist festgesetzt sei, könne er noch nicht sagen.

Niederlage des französischen Cabinetes bei der Interpellation über das Pafmessen.

In der französischen Deputirtenkammer wünschte, wie schon gemeldet, der Abgeordnete **Laur** die Regierung über die Handhabung des Pafmessen in **Elsaß-Lothringen** zu interpelliren. Der Minister des Aeußeren **Ribot** erklärte nun in der gestrigen Sitzung, es sei ihm von **Laur** ein Schreiben zugegangen, in welchem derselbe Auskunft darüber erbat, ob es richtig sei, daß seit Anfang dieses Jahres der deutsche Volschaffter **Graf Münster** alle Pässe für Handlungsreisende verweigere. Der Minister bemerkte hierzu, es seien keinerlei neue Thatsachen eingetreten oder neue Anordnungen ergangen. Er hoffe, die Kammer werde der Frage keine andere Folge geben als 1888. Falls **Laur** gleichwohl seine Interpellation aufrecht erhalte, werde er beantragen, die Beantwortung derselben zu vertagen. **Laur** verlas darauf ein angeblich von der deutschen Botschaft in Paris er- gangenes Circular, in welchem es heißt, daß für Handlungsreisende der Paf allein nicht genüge, sondern ein mit dem Visum des Botschafters versehenes Patent erforderlich sei. Die französischen Handlungsreisenden seien demgemäß in dem freien Betriebe ihres Gewerbes durch Formalitäten gehemmt, durch welche deutsche Reisende in Frankreich nicht ein- geschränkt würden. Es bestehe also in den Bedingungen für die Ausübung des Handels zwischen den beiden Nationen keine Gleichheit. **Laur** erklärte zum Schluß, er müsse seine Interpellation aufrechterhalten. Unter großer Bewegung des Hauses wurde darauf mit 286 gegen 203 Stimmen beschlossen, in die Berathung der Interpellation einzutreten. Auf Verlangen **Ribots** und mit Rücksicht auf die Abwesenheit des Ministerpräsidenten **Frenchet** wurde die Discussion auf heute vertagt. Die Berathung der Jollitarisvorlage wurde darauf fortgesetzt.

In den **Couloirs** hat die Abstimmung über die Interpellation **Laur** eine gewisse Erregung hervorgerufen. Man schreibt das Abstimmungs- ergebniß einer Coalition der **Boulangisten**, **Radicalen** und **Conservativen** gegen das Cabinet zu, bezweifelt indeß, daß der Zwischenfall, zumal die Vertagung der Kammer nahe bevorsteht, weitere Consequenzen haben werde.

Deutschland.

* **Berlin, 16. Juli.** Zur Nordlandsfahrt des Kaisers liegt heute noch folgende Depesche aus **Bergen** vor:

Der hiesige deutsche Consul **Mohr** begab sich heute Vormittag an Bord der **Yacht „Hohen- zollern“** und wurde von dem Kaiser zur Früh- stückstafel geladen. Einige Herren des kaiserlichen Gefolges machten eine Spazierfahrt in die Stadt.

AC. [Dom Gefolge des Kaisers beim Besuche in England] weiß die **Londoner „Pall Mall Gazette“** Folgendes zu berichten:

Die Offiziere im Gefolge des deutschen Kaisers haben sich während der Dauer ihres Aufenthalts in England ausgezeichnet unterhalten. „Mein gutes Glück wolle es“, schreibt ein Berichtsfasser des genannten Blattes, „daß ich in letzter Woche in der **Albert Hall** neben einem preussischen **Manenoberst** saß, welcher mir die Versicherung ertheilte, daß er sich nirgends so gut amüsiert habe, wie in England. Die Offiziere des Gefolges seien thätig mit Einladungen

